



Aufstand der Ordnungshüter?

Informationen der GdP

Bremen, 5.11.2012

Am vorletzten Wochenende probten Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei ohne Mithilfe der GdP wie es ist, wenn sie die Muskeln spielen lassen. In einer Aktion, die beinahe ganz Bremen einschloss, vereinbarten sie, ihre Gesundheit überprüfen zu lassen.

Hätten sie die Aktion abgeschlossen, wären in einigen Bereichen 90 % und in anderen rund 50% der Kolleginnen und Kollegen zu Hause geblieben. Die Aktion, ursprünglich gedacht für den Bereich der Reviere, weitete sich sehr schnell aus. Ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen erklärte sich bereit, daran teilzunehmen. Im Falle der Durchführung wäre für die Bürgerinnen und Bürger allein die polizeiliche Hilfe in extremen Notfällen gewährleistet gewesen.

Was ist passiert?

In den letzten Jahren haben Politiker wie Linnert und Mäurer immer wieder versucht, Verschlechterungen unserer Einkommen durchzusetzen. Als Gewerkschaft der Polizei konnten wir das in vielen Fällen verhindern. Das war möglich, weil wir auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern agierten und sich deren politischer Arm, die Bürgerschaftsabgeordneten überzeugen ließen. Durch Öffentlichkeitsarbeit und zum Beispiel Demonstrationen erzeugten wir dann den notwendigen Schub.

Doch seit Beginn dieser Legislaturperiode hat sich etwas verändert. Immer häufiger versuchten die „Dienstherren“ in Schnellverfahren ohne vorherige ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema, Fakten zu schaffen. So wie bei der Erhöhung der Lebensarbeitszeit: Es gab eine schnelle Senatsvorlage, dann formelle Abfrage bei den Gewerkschaften, ruckzuck rein ins Parlament, 20minütige Debatte, schnell abstimmen und fertig. Besser kann man seine mangelnde Wertschätzung den Mitarbeitern gegenüber nicht ausdrücken.

Der „Dienstherr“ wollte immer weniger auf Augenhöhe mit den Interessenvertretungen sprechen. Wir mussten immer öfter Druck ausüben. Überzeugungsarbeit war praktisch nicht mehr möglich. Alles vor dem Hintergrund "Schuldenbremse" und "Haushaltsnotland".

Politikerinnen wie Karoline Linnert sagten auch ganz offen: "Mit denen verhandeln wir nicht". Beamte sanken in ihren Augen auf das Niveau von bloßen Kostenstellen.

**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Bremen

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de



Als GdP haben wir vor 8 Jahren die Initiative ergriffen und *Verhandeln statt Verordnen* ins Spiel gebracht. Gemeinsam mit dem DGB legten wir einen Gesetzentwurf dazu vor. Die SPD sagte zunächst Unterstützung zu, schob das Gesetzgebungsverfahren jedoch immer wieder auf. In der darauf folgenden Legislaturperiode lehnte sie es gemeinsam mit den Grünen ab.

Immer größere Belastungen, immer häufiger Einschnitte

Die Einschnitte im Bereich der Freien Heilfürsorge kann man nicht isoliert für sich betrachten. Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, haben wir seit den 90iger Jahren 17% unseres Einkommens verloren.

Allein in den letzten Jahren von 2002 bis 2009 waren es durch Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes, Nullrunden und verspäteter Übernahmen von Tarifiergebnissen 11,2 %.

In der jüngsten Vergangenheit warf der Umgang mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit ein ganz schlechtes Licht auf den Stellenwert unserer Arbeit. Durch Beschränkung auf eine Laufbahngruppe und die zügige Umsetzung war klar erkennbar, dass hier nur der Polizeibereich getroffen werden sollte. Darüber hinaus fand das Gesetzgebungsverfahren wie oben beschrieben statt.

Doch nicht nur die Sorge um die individuellen Einkommen, sondern auch die immer stärkere Arbeitsverdichtung treibt die Kolleginnen und Kollegen um. Dass das nicht nur ein gefühlter Wert ist, kann man auch an Zahlen ablesen. Eine doppelt so hohe Anzahl zu bearbeitender Fälle im Vergleich zu anderen Großstädten, Überstunden in der Schwankungsbreite von 250.000 bis 280.000 allein in der Stadt Bremen, ein steigender Krankenstand und zunehmend psychische Erkrankungen sind die dazu passenden Eckwerte.

So stieg der Druck im Kessel stetig an, weil die Kolleginnen und Kollegen das Verhalten des „Dienstherrn“ wie folgt interpretierten:

1. Das Einsparen im Personalbereich ist alternativlos.
2. Der „Dienstherr“ hat die Einstellung, dass die Beschäftigten in den Vollzugsbereichen verantwortungsbewusst den Bürgern gegenüber sind und ein Helfersyndrom haben, daher werden sie auf "Teufel komm raus" weiter arbeiten, egal was passiert. Praktischerweise dürfen sie auch nicht streiken. Also kann man gerade dort die Daumenschrauben anziehen.
3. Die Polizei wird nur wertgeschätzt, wenn sie ihre Aufgaben professionell löst. Als Personal rangiert sie in der Wertschätzung eher im unteren Bereich. Das drückt sich im Durchschnittswert ihrer Stellen gegenüber anderen Behörden und darin aus, dass 70 % der Kolleginnen und Kollegen nicht für den Wert ihrer Arbeitsplätze bezahlt werden.
4. Der „Dienstherr“ will sich mit seinen Beschäftigten nicht mehr konstruktiv auseinandersetzen. Mit dem Konstrukt "Verhandeln statt Verordnen" hätte man Ver-

**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Bremen

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de



antwortung abgeben müssen. Doch der „Dienstherr“ will in Personalfragen durchregieren und keine Macht abgeben. Damit bleibt das Personal eine bloße Kostenstelle.

Fazit:

Die Reduzierung auf einen reinen Kostenfaktor und der Versuch des „Dienstherrn“ Polizistinnen und Polizisten auf den Status bloßer Befehlsempfänger zu degradieren, brachte das Fass zum Überlaufen. Den Kolleginnen und Kollegen steht das letzte Mittel des Arbeitskampfes, der Streik, nicht zur Verfügung. Das wurde rücksichtslos ausgenutzt. Trotz der Warnungen der GdP und ihrer Personalräte. Man wählte sich auf der sicheren Seite.

Doch am vorletzten Wochenende hat sich etwas im Bewusstsein der Polizisten verändert. Die Diskussion um die Freie Heilfürsorge und die damit verbundene Drohung weiterer Einschnitte ließen den Zorn stärker anschwellen, als die Sorge mit Disziplinarmaßnahmen überzogen zu werden. Sie sahen keinen anderen Ausweg mehr, als mit einer streikähnlichen Maßnahme die immer stärkeren Einkommensverluste für sich und ihre Familien zu verhindern.

Der öffentliche Arbeitgeber hat die Verpflichtung, seine Beamtinnen und Beamte zu alimentieren. Das schließt die Angleichung an die allgemeinen Einkommensverhältnisse ein. An dieser Stelle haben gerade Polizeibeamte in den letzten Jahren real Einkommensverluste gegenüber anderen Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst und erst recht in der privaten Wirtschaft hinnehmen müssen.

Alimentierung bedeutet nicht, dass Polizeibeamte mit ihrem persönlichem Einkommen an der Sanierung der öffentlichen Haushalte beteiligt werden. Doch genau das geschieht seit geraumer Zeit in Bremen. Wenn also der Arbeitgeber die gesetzlichen Regeln verletzt, die sich aus dem Beamtenrecht und aus der Rechtsprechung dazu ergeben, muss er sich die Frage gefallen lassen, ob auch nicht die Arbeitnehmerseite diese Regeln in Frage stellen muss. Daher haben wir großes Verständnis für unsere Kolleginnen und Kollegen, dass sie Maßnahmen, wie sie oben beschrieben wurden, ergreifen.

Sie zeigen, wie sehr Polizeibeamte unter Druck stehen, sich ausgenutzt fühlen und sich nicht mehr anders zu helfen wissen. Niemand darf annehmen, dass es das letzte Mal gewesen ist.

Der Landesvorstand

**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Bremen
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de